

**An den
Hochschullehrerbund - Bundesvereinigung e.V.
Godesberger Allee 64
53175 Bonn**

15.7.2021

(Anmerkung: Die ursprüngliche Version dieses Schreibens ist vom 13. Juli 2021 und durch weitere Unterschriften ergänzt worden, daher das neue Datum 15. Juli 2021)

Kritische Anmerkungen zur Umfrage des hlb zu Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Meinungsklima

Sehr geehrter Herr Kollege Müller-Bromley, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Bundespräsidiums des Hochschullehrerbundes, sehr geehrter Herr Dr. Brunotte,

Ende Juni hat der hlb eine Umfrage an alle Mitglieder geschickt. Wir, die Unterzeichnenden dieses Briefes, sind alle Mitglieder des hlb, kommen überwiegend aus der Wissenschaft Soziale Arbeit und möchten Ihnen anbei mitteilen, warum wir diese Umfrage fachlich für problematisch halten.

Hintergrund war die Presseerklärung mit der sich der hlb gegen die Diffamierung von Kollegin Auma gestellt hat. Wir haben diese Positionierung des hlb sehr begrüßt. Wir können uns sehr gut vorstellen, dass dem Präsidium des hlb kontroverse Rückmeldungen zu dieser Stellungnahme zugehen, und finden es nachvollziehbar und sinnvoll, dass Sie dem Phänomen des Meinungsklimas an Hochschulen „auf den Grund“ gehen wollen.

Überrascht haben uns aber die Items Ihrer Umfrage. Wir sind besorgt, in welche Weise Sie die auf diese Weise gewonnenen Daten auswerten werden. Denn die von Ihnen formulierten Items sind mehrdeutig und missverständlich. Folgende Beispiele, die allesamt real stattgefunden haben und stattfinden, sollen dies veranschaulichen:

- In der ersten Frage lautet das dritte Item: *„In meinem kollegialen Umfeld gibt es einen politischen Meinungsmainstream, dem man besser nicht widersprechen sollte“*. Welche Vorstellungen eines „politischen Meinungsmainstreams“ liegen dieser Frage zugrunde? Welche Schlussfolgerungen werden aus einer hohen Zustimmung gewonnen? Dominieren an der Hochschule rassistische und antisemitische Einstellungen? Oder erleben Kollegen Widerspruch, wenn sie versuchen mit sexistischen ‚Witzen‘ die Fakultätsratssitzung aufzulockern? Wird ein*e Kolleg*in, der*die bei der AfD prominent engagiert ist, von anderen im Kollegium gemieden? Ärgert sich jemand über die Empfehlungen der Hochschulleitung zu geschlechtergerechter Sprache?
- Auch das vierte Item, das sich auf Studierende bezieht, kann im Falle einer Zustimmung ähnlich heterogene Hintergründe haben: Eine Professorin mit türkischer Migrationsgeschichte wird an einer ostdeutschen Hochschule in der Vorlesung rassistisch diffamiert, und ein Professor in der Sozialen Arbeit ärgert sich, wenn seine Studierenden erwarten,

dass er gendergerechte Sprache verwendet. Oder ein Professor erlebt die rüde Zurückweisung einer Studentin mit Kopftuch auf eine flapsige Bemerkung hin als Einschränkung seiner Meinungsvielfalt. Die Beispiele können auch bei den Items der zweiten Frage durchgespielt werden.

- Zudem fragen wir uns: Was ist mit „*Einschränkung der Freiheitsrechte als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler*“ gemeint? Etwa die Bemerkung einer Referatsleitung eines Wissenschaftsministeriums, die einem Forschungsvorhaben zustimmt, aber darum bittet, den Fachbegriff ‚Gender‘ nicht in der Überschrift des Vorhabens zu verwenden aus Sorge, Angriffsfläche der AfD-Fraktion im Landtag zu bieten. Diese beschäftigten ohnehin schon mit ihren vielen Gender Studies diffamierenden Anfragen die Verwaltungen der Ministerien. Solche und ähnliche Vorfälle haben in den letzten Jahren zugenommen. Sie lassen sich aber in der nötigen Komplexität nicht in Ihrer Fragebatterie abbilden.
- Die letzte Frage zum Diskussionsklima an Hochschulen schließlich benennt explizit die Themen „*Rassismus, Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, ‚gendergerechte Sprache‘, Migration oder Integration*“ als mögliche Anlässe für ein „*hitziges*“, „*emotionales*“ Klima an der Hochschule. Warum wird in der Aufzählung ‚gendergerechte Sprache‘ in Anführungsstriche gesetzt? Warum haben Sie als Beispiele für Diskussionen an den Hochschulen nicht Klimawandel, Corona-Pandemie, Prüfungsstress, Ökonomisierung der tertiären Bildung oder die Debatte um Lehrprofessuren gewählt? Auch hierzu gibt es hitzige, mitunter diffamierende Debatten. Was bedeutet die Zustimmung bei der Frage „*Wenn die Themen Rassismus, Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, ‚gendergerechte Sprache‘, Migration oder Integration in meinem kollegialen Umfeld diskutiert werden, wird die Auseinandersetzung schnell hitzig oder emotional*“?

Themen aus den Gender, Queer oder Postkolonialen Theorien können durchaus zu hitzigen Kontroversen führen. Aber die Aufgabe von Hochschullehrenden besteht u.A. ja gerade darin, zu Reflexionen anzuregen und vermeintliche Gewissheiten methodisch kontrolliert bezweifeln zu lernen und untersuchen zu können. Dabei geht es jedoch nicht um „*Meinungsfreiheit*“, sondern darum, Studierende an wissenschaftlich fundierte Diskurse heranzuführen. Tatsächlich erleben Kolleg*innen in Regionen mit hoher Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien auch unangenehme bis strafrechtlich relevante Diffamierungen, wenn sie einfach nur ihren Studienschwerpunkten nachgehen. Das Beispiel der Kollegin Auma zeugt davon. Wenn, um im Beispiel zu bleiben, Kollegin Auma nun mit „voller Zustimmung“ dieses Item ankreuzen würde und eine Kollegin, die regelmäßig kopftuchtragende Studentinnen diffamiert und von der Gleichstellungs-/Diversitybeauftragten zur Rede gestellt wird, dies auch tut, welcher Erkenntnisgewinn lässt sich dann aus hohen Zustimmungszahlen ziehen?

Wir vermuten hinter den Fragen die Hypothese, dass Gender, Queer und Critical Race Studies in den Hochschulen zu heftigen Kontroversen führen in Studierendengruppen, Lehrendengruppen, aber auch zwischen Studierenden und Lehrenden. Damit haben Sie sicher recht. Aber die entscheidende Frage ist dabei, wie diese Konflikthaftigkeit, die Ihre Erhebung

vermutlich ‚bestätigen‘ wird, gedeutet wird. Bestätigt sie die Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit oder ist sie nicht gerade der Beleg für ihre Existenz? Sind es Gender Studies usw. selbst, die Wissenschaft einschränken oder sind es ihre Gegner*innen? Für diese Fachgebiete sind (wenige) Professuren an Hochschulen eingerichtet worden. Je nach Hochschulstandort, Einstellung der Kollegien und Hochschulleitung erfahren wir, die wir diese Fachgebiete vertreten, mal häufiger, mal seltener Angriffe von Kollegien, Studierenden oder der Öffentlichkeit. Und wir nehmen zur Kenntnis, dass zwischenzeitlich der Kreis der Angegriffenen steigt: Forschende im Feld von Klimawandel, Energiewende, Pandemiebekämpfung.

Wenn Sie diesen Entwicklungen umfassend auf den Grund gehen wollen, kann das vorliegende Fragebogendesign nur wenig weiterhelfen, weil die Items wenig aussagekräftig sind. Hier wären differenziertere Operationalisierungen der Indikatoren für Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Meinungsklima erforderlich gewesen.

Es würde uns freuen, wenn Sie die Befragung erneut angehen würden. Hierbei stehen wir mit unserer sozialwissenschaftlichen Methodenexpertise für fachliche Beratung gerne zur Verfügung. Zugleich möchten wir Sie eindringlich vor einer vorschnellen Auswertung und Publikation warnen. Wir hoffen, dass wir die Risiken möglicher Fehlinterpretationen nachvollziehbar aufgezeigt haben.

Freundliche und kollegiale Grüße,

Prof. Dr. Stefan Borrmann, HAW Landshut

Prof. Dr. phil. habil. Regina-Maria Dackweiler, Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Clemens Dannenbeck, HAW-Landshut

Prof. Dr. Birgit Jagusch, TH Köln

Prof. Dr. Anna Kasten, Ernst-Abbe-Hochschule Jena

Prof. Dr. Michaela Köttig, University of Applied Sciences Frankfurt

Prof.in Dr. Tanja Kleibl, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt

Prof. Dr. Matthias Laub, HAW-Landshut

Prof. Dr. Gaby Lenz, Fachhochschule Kiel

Prof. Dr. Nikolaus Meyer

Prof. Dr. Andrea Nachtigall, ASH Berlin

Prof. Dr. Anja Pannewitz, HTWK Leipzig

Prof. Dr. Clarissa Rudolph, OTH Regensburg

Prof. Dr. Barbara Schäuble, Alice Salomon Hochschule

Prof. Dr. Sandra Smykalla, Alice Salomon Hochschule Berlin

Prof.in Dr.in Susanne Spindler, Hochschule Düsseldorf

Prof.in Dr. in Anja Reinecke-Terner, Hochschule Hannover

Prof. Dr. Barbara Thiessen, HAW Landshut

Prof.in Dr. in Carla Wesselmann, Hochschule Emden-Leer

Prof. Dr. Jan Wienforth, Hochschule München

Das Präsidium

h/b Bundesvereinigung | Postfach 20 14 48 | 53144 Bonn

Frau
Prof. Dr. phil. Barbara Thiessen
Hochschule Landshut
Institut Sozialer Wandel und
Kohäsionsforschung (IKON)
Am Lurzenhof 1
84036 Landshut

Postanschrift

Wissenschaftszentrum
Postfach 20 14 48
53144 Bonn

Besucheranschrift

Godesberger Allee 64
53175 Bonn

Telefon 0228 55 52 56 - 0
Telefax 0228 55 52 56 - 99
E-Mail hlb@hlb.de
Internet www.hlb.de

15. Juli 2021

Ihre Kritik an der Umfrage „Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Meinungsklima“

Liebe Frau Thiessen, liebe Unterzeichnerinnen und Unterzeichner,

für Ihr Schreiben vom 13. Juli 2021 mit den kritischen Anmerkungen zu unserer Umfrage danken wir Ihnen sehr herzlich. Nachdem das im Jahr 2016 geplante Kolloquium „Wissenschaftsfreiheit – Quo vadis?“ aufgrund mangelnden Interesses nicht stattfinden konnte, scheint das Thema „Wissenschaftsfreiheit“ nun offenbar einen Nerv getroffen zu haben. Dies war Anlass für uns, unsere Mitglieder als Trägerinnen und Träger der Wissenschaftsfreiheit zu befragen. Dabei war uns wichtig, das Problem nicht aufzuwerten oder gar künstlich aufzublähen, sondern zunächst einmal herauszufinden, ob es überhaupt eines ist. Unsere Umfrage war daher bewusst als einfache interne Stimmungsabfrage und nicht als Studie angelegt.

Dabei müssen wir berücksichtigen, dass sich das volle Spektrum der inzwischen im Bundestag vertretenen Parteien wohl auch in den persönlichen Meinungen, Haltungen und Einstellungen unserer Mitglieder wiederfindet. Dass die sogenannte „Alternative für Deutschland“ in ihren Anfangsjahren einmal als „Professorenpartei“ betitelt worden ist, mahnt uns zu einem behutsamen Vorgehen. So war es uns besonders wichtig, mit den Ergebnissen keine unnötigen Spaltungen oder Konflikte zu provozieren oder gar nach außen hin aufzuzeigen, dass der berechtigte Einsatz von Kolleginnen und Kollegen oder Studierenden für mehr Gerechtigkeit womöglich bei einem Teil unserer Mitglieder auf Ablehnung stoßen könnte. Ob dem tatsächlich so ist, wissen wir nicht. Das können auch die Ergebnisse der Umfrage nicht zeigen.

Vielmehr haben wir einen Ansatz gewählt, der ganz bewusst nach den subjektiven Einschätzungen und Empfindungen unserer Mitglieder fragt. Dabei haben wir darauf verzichtet, eine Definition vorzugeben, was unter Wissenschaftsfreiheit zu verstehen sei. Und wir haben es dem Gefühl unserer Mitglieder überlassen, zu entscheiden, ob das Meinungsklima im Hochschulkontext noch als sachlich eingeschätzt wird oder bereits eine Grenze überschritten hat, die nicht mehr als angemessen betrachtet werden kann.

Freilich führt ein solcher Ansatz – wie Sie mit Ihren Beispielen aufzeigen – dazu, dass mitunter ganz unterschiedliche, bisweilen gar unvereinbare Stimmungslagen, Motive oder Reaktionen miteinander vermischt werden können. Mithin kann das auch zur Konsequenz haben,

dass die Werte, die auf eine Beeinträchtigung der Wissenschafts- oder Meinungsfreiheit hindeuten können, etwas höher ausfallen als wir alle uns das wünschen würden. Andererseits sind dies aber die Einschätzungen unserer Mitglieder, mit denen wir uns – auch jenseits von möglichen politischen Differenzen – über die gemeinsame Verbandsarbeit verbunden fühlen und deren Interessen wir – etwa in der Rechtsberatung – auch vertreten. Und es sind diese Einschätzungen, die wir mit der Umfrage kennenlernen wollen. Ihnen ist daher nur zuzustimmen, dass bei der Auswertung der Ergebnisse entsprechend vorsichtig vorgegangen werden muss und keine vorschnellen Schlüsse gezogen werden dürfen. Ihre Hinweise sind somit besonders hilfreich für die noch bevorstehende Analyse.

Wir haben die Umfrage wertneutral vor der Folie des berühmten Diktums von Rosa Luxemburg gestellt, wonach Freiheit immer auch die Freiheit der Andersdenkenden ist. Einschränkungen der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit würden von uns gleichermaßen kritisch gesehen, egal aus welcher politischen Richtung und mit welchem moralisch-ethischen Anspruch sie vorgetragen oder eingefordert werden. Wenn nicht an Hochschulen kritische Auseinandersetzungen über unterschiedliche Werthaltungen – egal ob von links oder rechts, und egal über welche Themen – möglich sind, wo denn dann sonst? Die von uns aufgeführten Beispiele sind eben Beispiele zur Illustration. Und dass gendergerechte Sprache zu hitzigen Auseinandersetzungen auch an unseren Hochschulen führt, dürfte niemand bestreiten wollen.

Die von Ihnen dargelegten weitergehenden Differenzierungen interessieren uns auch. Z. B. die Frage, ob die gefühlten Beeinträchtigungen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit eher von der politischen Rechten oder Linken verursacht werden. Wird das berechtigte Eintreten für Gerechtigkeit tatsächlich als Angriff empfunden? Gibt es wirklich Freiheitseinschränkungen bzw. lassen sich diese doch eher als vorgeschobene Beleidigungen entlarven? Aber gerade hier scheint es uns angebracht, zunächst einmal verbandsintern – und nicht nach außen gerichtet – darüber zu diskutieren, etwa in den Landesverbänden oder in den Hochschulgruppen. Wir möchten Sie ermutigen, dies auch in Ihrem Umfeld zu tun. Nichts könnte dem von manchen offenbar betriebenen taktischen Missbrauch oder der politischen Vereinnahmung des für unseren Berufsstand so wichtigen Guts der Wissenschaftsfreiheit besser entgegenwirken.

Angesichts des jüngsten Allensbach-Befunds (FAZ, Petersen, 16. Juni 2021), dass lediglich 45 Prozent der befragten Personen das Gefühl habe, man könne hierzulande seine politische Meinung frei äußern, wären Werte, die besser sind als dieses beklemmende Ergebnis aus unserer Sicht schon ein schönes Resultat unserer Umfrage. Eine erste Auswertung zeigt, dass genau die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen einen offenen Diskurs mit breiter Meinungsvielfalt an der eigenen Hochschule für möglich hält. Fast zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass wissenschaftliche Freiheitsrechte ohne Einschränkungen wahrgenommen werden können. Und der Behauptung, es gebe einen politischen Meinungsmainstream, dem man besser nicht widersprechen sollte, steht etwas mehr als die Hälfte derjenigen ablehnend gegenüber, die geantwortet haben – immerhin 1.400 Kolleginnen und Kollegen.

Natürlich weisen die Ergebnisse aber auch auf Probleme hin, die wir im Einzelnen noch auswerten werden. Insbesondere das Feld, das zu einer freien Schilderung von Fällen der Verletzung von Wissenschaftsfreiheit eingeladen hat, bietet hier etwas mehr Aufschluss. An einer solchen Auswertung arbeiten wir. Alle Ergebnisse werden wir jedoch zunächst intern reflektieren und auswerten, bevor wir sie mit der Öffentlichkeit teilen.

Im Sinne einer integrativen Verbandsarbeit wollen wir konstruktiv mit diesen Problemen umgehen und sie im Einklang mit Ihren Warnungen nicht überbewerten. Hier mag das in der Soziologie bekannte Tocqueville-Paradoxon eine hilfreiche Perspektive sein: Je geringer die sozialen Ungerechtigkeiten in der Gesamtgesellschaft werden, desto größer die Sensibilität oder auch der Streit um die noch verbliebenen Ungleichheiten. Oder wie es Tocqueville viel schöner selbst formuliert (*La démocratie en Amérique*, Bd. 2, Teil 2, Kap. 3):¹ „La haine que les hommes portent au privilège s’augmente à mesure que les privilèges deviennent plus rares et moins grands, de telle sorte qu’on dirait que les passions démocratiques s’enflamment davantage dans le temps même où elles trouvent le moins d’aliments.“ Diese Einsicht mag vielleicht auch eine Stütze sein, die Widersprüche, die die Umfrage aufwirft, mit Blick auf die Verbandsgemeinschaft auszuhalten und so die „demokratischen Passionen“ unserer Mitglieder auf produktive Weise „zu entfachen“.

Herr Brunotte, der die erste Auswertung vornehmen wird, steht Ihnen – genauso wie wir – für weitere Gespräche zur Verfügung. Rufen Sie ihn gern an! Es gibt, wenn Sie es wünschen, sicher eine Möglichkeit, Sie an der Auswertung der Umfrage zu beteiligen.

Mit nochmals herzlichem Dank für Ihre wertvolle Kritik, Ihre Anregungen und Hinweise und mit kollegialen Grüßen

Ihre

Nicolai Müller-Bromley

Olga Rösch

Ali Reza Samanpour

Jörn Schlingensiepen

Jochen Struwe

¹ Ein Übersetzungsversuch: „Der Hass, den die Menschen gegenüber Privilegien hegen, nimmt in dem Maße zu wie die Privilegien seltener und weniger groß werden, so dass man sagen könnte, dass sich die demokratischen Leidenschaften mehr entfachen, wenn sie die geringste Nahrung finden.“